

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Nie wieder Krieg! «

| August 2020 – Ausgabe 8 zum Antikriegstag und der Aktionskonferenz |

Den Wahnsinn stoppen!

ZUKUNFT FRIEDLICH GESTALTEN

Es gibt Situationen, in denen die öffentliche Aufmerksamkeit weit hinter der Bedeutung der Geschehnisse zurückbleibt. So ist das heute mit der Friedenspolitik, mit Abrüsten, Rüstungskontrolle und Entspannung.

Wenn 75 Jahre nach dem großen Krieg, der die Welt mit schrecklicher Grausamkeit überzogen hat, ist nichts mehr gesichert. Selbst Europa steht am Rande des Friedens. Verantwortlich dafür ist die Zuspitzung alter und neuer Bedrohungen. Die doppelte Gefahr eines Selbstmordes wird real: Neue Hochrüstung und ökologische Ausrottung. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung.

Die große Chance, die Friedensdividende zu nutzen, wurde 1990 vertan. Die Charta von Paris, die nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt zu einer gesamt-europäischen Friedensordnung führen sollte, blieb folgenlos. Nach einer kurzen Phase der Abrüstung erleben wir seit dem letzten Jahrzehnt von neuem Säbelrasseln, Hochrüstung und Konfrontation, ein Spiel mit dem Feuer. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft wurde als „Sieg“ gefeiert, statt zu erkennen, dass er auch ein Warnschuss vor den Bug aller Industriestaaten war, endlich zu einer Weltinnenpolitik zu kommen.

Vor wenigen Jahren war es noch unvorstellbar, dass heute Nationalismus und Law and Order das Sagen haben. Die USA sind ein ebenso gespaltenes wie unberechenbares Land geworden mit einem egomanischen Präsidenten. In Westeuropa gerät das links-liberale Klima, das lange Zeit vorherrschend war, in die Defensive. In immer mehr Ländern dominieren rechtsnational-chauvinistische Parteien. Die ungelösten Fragen im Verhältnis zu Russland werden verdrängt, stattdessen kommt der Kalte Krieg zurück. Nicht zuletzt muss der Aufstieg der neuen Supermacht China dafür herhalten, eine neue Hochrüstung zu begründen. Statt Krisenprävention und Konfliktvermeidung, Abrüstung und Rüstungskontrolle nehmen Abrüstung und Militarisierung zu.

Die Politik hat derzeit nicht die Kraft, die Spirale der Hochrüstung und Konfrontation zu stoppen. Auch Deutschland ist ein negatives Beispiel für die

schleichende Militarisierung. Statt offensiv gegen den Irrsinn vorzugehen, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, nahm unser Land im letzten Jahr den grotesken Platz 1 der Rangliste der ersten 15 Ländern bei der Steigerung ein. Absolut gesehen liegt Deutschland auf Platz sieben. In diesem Militärimperialisieren entfallen fast dreiviertel aller Ausgaben auf nur zehn Länder.

Zugleich nehmen neue Bedrohungen zu, vor allem soziale und ökologische. Die Corona-Pandemie verschärft die sozialen Ungleichheiten. Der globale Arbitrage-Kapitalismus beutet hemmungslos die zeitlichen und räumlichen Unterschiede der Welt aus, um schnell hohe Profite zu machen. Zugleich werden die ökologischen Grenzen des Wachstums überschritten. In wenigen Jahrzehnten wird die kritische Grenze bei der vom Menschen verursachten Erderwärmung erreicht. Damit drohen Kipppunkte, deren Folgen heute die größte Menschheitsherausforderung sind. Schon heute stellen die Umweltflüchtlinge den höchsten Anteil unter den Migranten.

Unsere Zeit befindet sich an einer Wegscheide. Wir mischen uns ein, weil der Frieden bedroht ist. Es geht uns nicht nur um einzelne Korrekturen, sondern um einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Abrüsten statt Aufrüsten. Abbau der Atomwaffen. Neue Entspannungspolitik jetzt. Wir müssen alles tun, den Wahnsinn, der bei dem heutigen Zustand der Welt Methode hat, endlich zu stoppen. Ohne eine starke Friedensbewegung geht das nicht.

*Reiner Braun,
Executive Director IPB und
Arbeitsausschuss „abrüsten statt aufrüsten“*

*Michael Müller,
ehemaliger Staatssekretär und MdB,
Vorsitzender der Naturfreunde
Deutschlands*



Friedensaktivist*innen anlässlich des Antikriegstags 2018 in Berlin | © Uwe Hiksich

DGB

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag: 1. September 2020

Nie wieder Krieg! In die Zukunft investieren statt aufrüsten!

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag 2020 ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! So lautet unumstößlich die Lehre, die wir Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit und auf eine neue multilaterale Weltordnung, die wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhofft hatten. Stattdessen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB als Partner der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) öffentlich dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen.

**ABRÜSTEN
STATT
AUFRÜSTEN**

**170.000
UNTERSCHRIFTEN**

Interview mit Reiner Hoffmann

STARKES SIGNAL FÜR ABRÜSTEN



die Bundesverteidigungsministerin im Juli erst einmal Abstand vom Zwei-Prozent-Ziel der NATO genommen, weil es angesichts des Konjunkturerinbruchs und der Corona-Pandemie derzeit unrealistisch sei. Sie hält aber an ihrer Zusage fest, dass Deutschland zehn Prozent der militärischen Fähigkeiten der NATO übernehmen soll. Die Gewerkschaften wollen aber mehr: Endlich Schluss machen mit den steigenden Rüstungsausgaben!

Die Chancen für Abrüstung und Entspannung, die sich nach 1990 aufgetan haben, wurden nicht genutzt. Sind Kalter Krieg und Hochrüstung zurückgekehrt?

Der DGB ruft mit einer bemerkenswerten Erklärung zum Antikriegstag auf. Sie fordert Abrüsten statt Aufrüsten und setzt sich für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik ein. Was planen die Gewerkschaften zum 1. September?

Die Aktivitäten zum Antikriegstag werden in diesem Jahr anders aussehen als sonst. In Zeiten der Pandemie hat der Gesundheitsschutz für uns oberste Priorität. Deshalb werden wir stärker auf virtuelle Aktionsformen ausweichen, um Gefahren zu reduzieren. Das eröffnet auch neue Möglichkeiten. So wird der DGB-Bundesvorstand eine Online-Gedenkveranstaltung anbieten, in der wir eine Brücke schlagen vom Gestern zum Heute. 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sehen wir neue Gefahren: Das Erstarken von Nationalismus, Protektionismus und Militarismus, eine Ausbreitung autoritärer, autokratischer und völkischer Bewegungen und neue globale Herausforderungen. Die Welt ist instabil. Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht, heute 79,5 Millionen, die vor allem durch Krieg oder Bürgerkrieg ihre Heimat verlassen haben.

Wie die Friedensinitiative "Abrüsten statt Aufrüsten" ruft der DGB bundesweit dazu auf, gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO und generell gegen den globalen Rüstungswahn zu protestieren. Hauptschwerpunkte bilden das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und – auch in Erinnerung an die Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki – der Protest gegen den nuklearen Rüstungswahnsinn. Wir müssen die Spirale der Hochrüstung brechen. Die Rückmeldungen aus den DGB-Kreis- und Stadtverbänden zeigen, dass viele Kolleginnen und Kollegen dem Aufruf folgen.

Wir wollen auch ein starkes Signal senden für die im Herbst beginnenden Haushaltsberatungen. Zwar hat

Wenn wir 75 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus eine Zwischenbilanz ziehen, dann müssen wir feststellen, dass unser Engagement für Frieden, Demokratie und Zusammenarbeit wichtiger ist denn je. Die große Hoffnung, dass das Ende der in Ost und West geteilten Welt eine neue multilaterale Weltordnung der Entspannung und Abrüstung einleiten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Im Gegenteil: Das Risiko militärischer Auseinandersetzungen nimmt zu. Wir leben in einer Weltunordnung, in der Nationalismus und Militarismus um sich greifen und eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang gesetzt wird. Und neue globale Akteure sind hinzugekommen.

75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki erreicht der nukleare Rüstungswahnsinn aberwitzige Ausmaße. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung der ihrer Systeme, gleichzeitig droht der russisch-amerikanische New-Start-Vertrag zu scheitern. Der Irrwitz zeigt sich auch darin, dass die globalen Rüstungsausgaben im letzten Jahr auf fast 2 Billionen US-Dollar angestiegen sind. Das entspricht weltweit rund 250 Dollar für jeden Menschen.

Auch die Bundesregierung spielt ein unrühmliche Rolle. Sie weigert sich, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Deutschland ist nicht nur der viertgrößte Rüstungsexporteur, sondern verzeichnete 2019 mit 10 Prozent auch den höchsten Zuwachs unter den TOP 15-Staaten der höchsten Rüstungsausgaben.

Drohen dadurch Verteilungskämpfe zwischen sozialer und ökologischer Investitionen?

Die Gefahr zunehmender Verteilungskonflikte ist gerade auch angesichts der Corona-Krise groß. Sie führt uns dras-

» Die öffentlichen Mittel, die wir für Konjunkturpakete und Rettungsschirme in die Hand nehmen, müssen zugleich Investitionen in die Zukunft sein, in eine ökologisch verträgliche und sozial gerechte Zukunft. «

tisch vor Augen, wie absurd falsch die Prioritäten bei der öffentlichen Mittelverteilung gesetzt wurden. Im Entwurf des neuen Bundeshaushalts sollten 12 Prozent der Ausgaben in die Rüstung fließen, während nur ein Drittel davon für das Gesundheitswesen vorgesehen war. Die gewaltigen Zukunftsinvestitionen, die wir brauchen, um unsere Gesellschaft zu modernisieren, machen klar: Jeder Euro, der die Rüstungsspirale weiter anheizt, ist ein Euro zu viel. Wir brauchen das Geld für weit wichtigere Aufgaben.

Die öffentlichen Mittel, die wir für Konjunkturpakete und Rettungsschirme in die Hand nehmen, müssen zugleich Investitionen in die Zukunft sein, in eine ökologisch verträgliche und sozial gerechte Zukunft. Immerzu steigende Rüstungsausgaben bringen uns auf diesem Weg kein Stück weiter – ebenso

wenig wie ein Rückfall in die schwarze Null. Auch deshalb sagen wir Nein zum Zwei-Prozent-Ziel, das würde nämlich einen Anstieg von derzeit knapp 50 Milliarden auf über 70 Milliarden US-Dollar bedeuten und die Verteilungskonflikte massiv anheizen, statt in eine gute Zukunft zu investieren.

Für die Gewerkschaften geht Aufrüsten in die falsche Richtung, Hochrüstung und Waffengewalt lösen keine Probleme. Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken und ein erweitertes Verständnis von Sicherheit durch Krisenprävention und eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation. Auch vor diesem Hintergrund ist „Abrüsten statt Aufrüsten“ für uns Gewerkschaften das Gebot der Stunde.

Warum gelingt es nicht, das stärker zu einem Thema zu machen?

Der wichtigste Grund ist das Festhalten an einem falschen Sicherheitsverständnis, das den Fokus auf militärische Sicherheit statt auf soziale Sicherheit, ökologische Modernisierung und Konfliktvermeidung setzt. Dazu gehört auch die viel zu schwache Betonung von Fluchtursachen. Die beste Friedens- und Sicherheitspolitik ist die erfolgreiche Gestaltung des sozial-ökologischen Umbaus. Es ist deshalb zu wenig, von einem „Green Deal“ zu sprechen. Ein „Green New Deal“ erfordert nicht nur eine ökologische Modernisierung, sondern untrennbar auch die Erneuerung und Ausweitung des Wohlfahrtsstaates. Es wäre gut, wenn das zu einem Schwerpunkt im Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr wird.

Reiner Hoffmann,
Vorsitzender des DGB

75 JAHRE DANACH:

HIROSHIMA UND NAGASAKI MAHNEN – JETZT DEM ATOMWAFFENVERBOTSVETRAG BEITRETEN!

Vor 75 Jahren begann mit dem Test der ersten Atomwaffe Trinity am 16. Juli 1945 in New Mexico das atomare Zeitalter. Mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima (6.8.1945) und Nagasaki (9.8.1945) wurden zwei Städte dem Erdboden gleichgemacht und über 200.000 Menschen getötet. Die Überlebenden – die Hibakushas – leiden noch heute an den Spätfolgen der Strahlen, die Krebsrate ist erhöht, ganz zu schweigen von den psychischen Folgen wie Depressionen und Traumatisierungen, die teilweise auch auf die nächsten Generationen vererbt werden.

75 Jahre nach den Abwürfen steht die Inkraftsetzung des vor drei Jahren von 122 Staaten verabschiedeten UN Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) noch aus. Sechs weitere Staaten müssen ihm beitreten, um den Verbotsvertrag in Kraft treten zu lassen.

Die Bundesregierung muss den Willen der Bevölkerung endlich ernst nehmen und dem Vertrag beitreten. Laut einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie befürworten das 92% der Bevölkerung. Ebenso sollte der von Trump angekündigte Abzug von US-Soldaten dazu genutzt werden, die noch verbliebenen 20 US-Atomwaffen in Büchel zurück zu schicken, um mit 10 Jahren Verspätung den einstimmigen Bundestagsbeschluss vom 26. März 2010 umzusetzen, der den Abzug der Atomraketen fordert.

Obwohl nach der Greenpeace Studie

über 80% der Befragten diesen Abzug befürworten und 78% die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge, die die modernisierten US-Atomraketen tragen können, für falsch halten, wurden in der Coronakrise weitere Milliarden für neue Kampfflieger bewilligt, obwohl das Geld dringend für soziale und ökologische Investitionen notwendig wäre.

Ebenso müssen die US Atomwaffen, die in Belgien, den Niederlanden, Italien und der Türkei gelagert sind, abgezogen werden.

Um diese illegale Nukleare Teilhabe, die gegen den Atomwaffenverbotsvertrag verstößt, zu beenden wurde von acht Organisationen der Bertrand Russell Peace Foundation, Church and Peace, International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), International Peace Bureau (IPB), International Trade Union Confederation (ITUC), Pax Christi International und die Quakers Europe einen neuen Appell gestartet, der die Regierungen Europas auffordert die Modernisierung aller Atomwaffen zu beenden, die nukleare Teilhabe zu beenden, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen und den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Der Aufruf kann auf www.nukefreeeurope.eu unterschrieben werden.

Kristine Karch, Co-Sprecherin intern. Netzwerk „No to war – no to NATO



KLIMASCHUTZ IST FRIEDENSPOLITIK

Die Klimakrise ist der große planetarische Virus, der sich mit gewaltiger Wucht ausbreitet und uns gefährdet. Verursacht durch die falsche Einrichtung der Welt ist die Erderwärmung das Fieber, das unsere Erde aus dem Gleichgewicht bringt und das Immunsystem unseres Planeten, die Erdatmosphäre, zerstört. Die Folgen werden das menschliche Leben weltweit erschüttern und sie sind kaum vorstellbar. Klimaschutz ist deshalb auch Friedenspolitik. Frieden, das ist nämlich nicht nur die Sorge über die wahnwitzige weltweite Aufrüstung, das lauter werdende Säbelrasseln und

logische Selbstvernichtung denkbar. Vor diesem Hintergrund leben wir am Rande des Friedens, denn die Einsicht in die Verantwortung, die wir heute haben, ist zumindest bisher noch viel zu gering. Und damit auch die Bereitschaft, zu der überfälligen Gestaltung der Transformation zu kommen, um Gewalt und Krieg zu verhindern.

Die Sicherung des Friedens erfordert nicht nur Entspannungspolitik, Abrüstung und Rüstungskontrolle, sondern auch die Beendigung der Gier nach wirtschaftlichem Wachstum und schnellen Gewinnen und den Umbau hin zu einer Welt, die weder Mangel

und arm. Tatsächlich verschärfen sich die Konflikte zuerst dort, wo sich die Menschen am wenigsten in der Lage sind, sich schützen zu können. Das bedeutet: Um Gewalt und Krieg zu verhindern, muss mit dem ökologischen Umbau sofort begonnen und mit mehr Demokratie und mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden.

Das Fundament des Umbaus muss die ökologische Tragfähigkeit unseres Planeten sein, eng verbunden mit der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit und Demokratie. Dafür müssen Umweltbewegung und Friedensbewegung zusammen kommen. Ihnen geht es auf unterschiedlichen Feldern um dasselbe Ziel: Eine gute und friedliche Zukunft für alle Menschen. Dieses gemeinsame Ziel kann Konfrontation und Egoismus überwinden, denn wir werden nur dann Erfolg haben, wenn es zu mehr Gemeinsamkeit kommt und zu der Bereitschaft, alte Pfade zu verlassen und mehr Solidarität zu verwirklichen. Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen. Darum geht es uns.

Myriam Rapior,
Fridays for Future (FFF), Sprecherin
BUNDjugend

Michael Müller,
ehemaliger Staatssekretär und MdB,
Vorsitzender Naturfreunde Deutschlands



© Lucas Wirl

» Das Fundament des Umbaus muss die ökologische Tragfähigkeit unseres Planeten sein, eng verbunden mit der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit und Demokratie. «

die Zunahme der Konfrontation, sondern muss auch die sozialen und ökologischen Konflikte entschärfen, die sich vor uns aufbauen, um Gewalt und Krieg zu verhindern.

Mit der Globalisierung und Intensivierung der Umwelteingriffe hat die Naturzerstörung eine neue Dimension angenommen. Indem die Menschheit zur stärksten Naturgewalt aufgestiegen ist, sind wir in der neuen Erdepoche des Anthropozäns, die uns vor völlig neue Herausforderungen stellt. Denn in der Menschenwelt wird die öko-

noch Überfluss kennt. Dafür müssen die Tragfähigkeitsgrenzen unseres Planeten beachtet und mehr Demokratie und Gerechtigkeit verwirklicht werden, ganz so wie die Leitidee der Nachhaltigkeit es vorgibt.

Richtig ist, dass mit der Globalisierung der Umweltzerstörung die Erde als Ganze betroffen ist. Dennoch werden die Folgen noch lange Zeit zeitlich, räumlich und auch sozial gravierend unterschiedlich sein – zwischen Nord und Süd, zwischen heutigen und künftigen Generationen, zwischen reich

NACH DEM APPLAUS –

AUFWERTUNG FÜR DIE „HELD*INNEN DES ALLTAGS“ STATT AUFRÜSTUNG!

Ein neues Virus hat uns die Verletzlichkeit unseres Zusammenlebens gezeigt. Binnen kürzester Zeit brachen globale Lieferketten zusammen. Um die Pandemie einzudämmen, mussten Millionen Menschen zuhause bleiben, während viele andere wie im Gesundheitswesen, den Behörden und weiteren Bereichen öffentlicher Infrastrukturen aufs Äußerste gefordert und dabei oft hohen Risiken ausgesetzt waren. Überall wurden die „Held*innen des Alltags“ ausgerufen und allabendlich klatschend gewürdigt. Auch in Deutschland.

Die Pandemie hat auf drastische Weise offengelegt, wie abhängig wir Menschen voneinander über alle nationalen Grenzen hinweg sind. Nicht nur hinsichtlich wirtschaftlicher Lieferketten, sondern vor allem auch hinsichtlich globaler Gefährdungen, wie den Klimawandel oder eben ein neues Virus, gegen das niemand immun ist. Das letzte, was die Menschheit in einer solchen Situation braucht, ist Konkurrenz und Aufrüstung von Mitteln der gegenseitigen Bedrohung und Vernichtung.

Doch die Ausgaben für militärische Rüstung steigen weltweit. Auch die Bundesregierung beabsichtigt, das Ziel der NATO zu erreichen, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. So sollen für viele Milliarden neue atomwaffenfähige Kampffjets angeschafft werden – während zugleich für die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen die Arbeitgeberseite signalisiert, dass es für tarifliche Verbesserungen keinen Spielraum gebe. Statt Anerkennung für die gestern noch beklatschten „Held*innen des Alltags“ auch im öffentlichen Sek-

tor nunmehr ein Fußtritt, während zugleich Rüstungsausgaben um Milliardenbeträge erhöht werden sollen?

Hier werden falsche Prioritäten gesetzt, dagegen müssen wir uns wehren. Abrüsten statt aufrüsten lautet weiterhin das Gebot der Stunde! Und für die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst: Anerkennung und Aufwertung statt Milliarden für neue Kampffjets!

Andrea Kocsis,
stellvertretende ver.di-Vorsitzende



ANZEIGE

Sicherheit und Frieden, gute Arbeit und ein gutes Leben - das geht nur mit Abrüstung und starken Gewerkschaften.

mitgliedwerden.verdi.de



Weitere Informationen/VISdP: ICAN-Partnerorganisationen in Deutschland, Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel: 0228/692904
Spenden: IBAN DE39 0500 0002 2222 10 BIC BFSWDE33BER
Stichwort: Hiroshima-atomwaffenfrei

aki.info

Aktionsberatung „abrüsten jetzt“

Abrüsten und Transformation in Europa: Schlüsselrolle für Entspannung

11.10.2020 | Frankfurt am Main im DGB-Haus | 11.00 bis 17.30 Uhr

WAHNSINN MIT METHODE

Die Friedensbewegung fordert Abrüstung für eine sozial-ökologische Transformation

Die Corona-Pandemie und die voranschreitende Klimakrise, aber auch zunehmende soziale Ungleichheiten zeigen in der Schärfe die Verletzlichkeit unserer Welt. Globale Bedrohungen, Unsicherheiten, Krisen und Verteilungskonflikte spitzen sich zu, aus beherrschbaren Risiken werden nur schwer zu kontrollierende Gefahren. Das deckt die Widersprüche und Machtverteilung unserer Zeit auf. Indem die Welt zu einem einzigen Markt verschmilzt, werden die sozialen, ökologischen und politischen Schutzschichten des menschlichen Lebens zerstört.

Heute leben wir in einer historischen Schlüsselsituation, in der die Zivilgesellschaft gestärkt und in allen Bereichen mehr Demokratie verwirklicht werden muss. In der Geschichte der Menschheit gibt es wahrscheinlich keine Situation, die sich in der Dringlichkeit mit der heutigen Klimakrise vergleichen ließe. Wenn nicht schnell gehandelt wird, droht unser Jahrhundert zu einem Jahrhundert der Gewalt und Zerstörung zu werden.

Sollen die globalen Bedrohungen entschärft werden, brauchen wir Abrüstung und eine gerechte Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt. Eine starke Friedensbewegung ist notwendig, die zusammen mit starken gesellschaftlichen Gruppen einen Kurswechsel durchsetzt. Die Welt darf nicht in Kriege taumeln, weil die sozialen, ökologischen und ökonomischen Gefahren angegangen werden.

Wir haben eingeladen, um darüber zu beraten, was die Friedensbewegung in enger Kooperation mit Sozial-, Umweltbewegung, 3. Welt-Gruppen und weiteren sozialen Bewegungen tun muss, um in unserem Land eine deutliche Ablehnung von Gewalt und die Mehrheit für einen zivilen Kurs zu ermöglichen.

Ablauf der Aktionsberatung

- ▶ **11.00 Einleitung und Begrüßung:** Wo stehen wir mit der Kampagne. Was soll die Aktionskonferenz | Willi van Ooyen, abrüsten statt aufrüsten
- ▶ **11.20 bis 12.00 Die Chance der Krise** – Abrüstung als Teil der sozial- ökologischen Transformation oder weiter im alten neoliberalen Kriegstrott. Zur Rolle und Bedeutung der sozialen Bewegungen, ihre Zusammenarbeit und Funktion als Brückenbauer | Andrea Kocsis, Stellvertretende Vorsitzende ver.di | Hans-Jürgen Urban, IG Metall Hauptvorstand
- ▶ **12.00 bis 13.00 Ergänzende Impulsbeiträge:** Aus Sicht der Umweltverbände: Michael Müller, ehemaliger Staatssekretär, Naturfreunde Deutschlands | Aus Sicht developmentpolitischer Organisationen: Martina Fischer, Brot für die Welt | Aus Kirchlicher Sicht: Stephanie Wahl, pax christi (angefragt) | Aus Sicht der Friedensbewegung: Reiner Braun, IPB, abrüsten statt aufrüsten
- ▶ **Diskussion bis 13.45**
- ▶ **14.30 bis 16.00 Vier parallele Arbeitsgruppen:** „Was bedeuten die Herausforderungen praktisch – Erarbeitung von Programmatik, Strategie und Aktionstätigkeit?“ | Geleitet und gestaltet von den AG-Leiter*innen aus den gesellschaftlichen Bereichen: Martina Strasser, Naturfreunde Deutschlands | Kristine Karch, No to war – no to NATO | Christof von Liefen, Greenpeace | Philipp Jacks, DGB Frankfurt
- ▶ **16.00 Vorstellen der Arbeitsgruppenergebnisse, Diskussion, Vereinbarungen** | Moderation: Reiner Braun | Myriam Rapor, Fridays for Future (FFF), BUNDjugend
- ▶ **Vorstellung der Frankfurter Erklärung:** Michael Müller, Naturfreunde Deutschlands
- ▶ **Diskussion | Vereinbarungen | Ende gegen 17.30**

Organisatorische Hinweise:

Anmeldung bitte über info@abruesten.jetzt | Es wird ein Live stream /zoom Übertragung eingerichtet



© Lucas Wirl

»Abrüsten statt Aufrüsten«

Dieser Appell aus der Gesellschaft braucht Unterstützung

Wir wissen, dass das unter Corona-Bedingungen nicht immer einfach ist:

- ▶ Unterzeichnet ihn online www.abruesten.jetzt und fordert Kolleg*innen auf, es auch zu tun.
- ▶ Ist der Aufruf schon auf Deiner Facebook Seite, hast Du ihn schon „geliked“, deine Freund*innen eingeladen und alle auf die Webseite www.abruesten.jetzt und die Unterschriftensammlung hingewiesen?
- ▶ Hast du den Aufruf schon auf Twitter verbreitet?
- ▶ Hast du den Aufruf schon auf Instagram unterstützt?
- ▶ Sammelt Unterschriften, wo ihr arbeitet und lebt.
- ▶ Nutzt die nächste Friedensaktion, die nächste Demonstration und Kundgebung zur Unterschriftensammlung, viele sind interessiert und freuen sich, angesprochen zu werden.
- ▶ "Du bist der Aufruf", da wo du dich engagierst, wirke für "www.abruesten.jetzt", ganz individuell, selbstbestimmt und erfolgreich.
- ▶ Komm zur Aktionsberatung – real oder virtuell – um dich über die nächsten Schritte auszutauschen.

Wir brauchen eine große gesellschaftliche Debatte um das Zukunftsthema „Wie wollen wir leben?“. Mit Kriegsvorbereitung, Konfrontation und Sozialabbau oder für Gerechtigkeit, Selbstgestaltung und Solidarität – ohne Abrüstung wird das alles nichts.



abrüsten statt aufrüsten auf der Unteilbar-Demo in Berlin | © Lucas Wirl

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ingar Solty
DER KOMMENDE KRIEG
 Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen
 Analysen Nr. 61, 48 Seiten,
 Broschur, Juli 2020, ISSN 2194-2951

Download und Bestellung
www.rosalux.de/publikation/id/42612

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de

Der US-China-Konflikt wird dem 21. Jahrhundert sein Gepräge aufdrücken. Faktisch tut er es längst. Da in einem kalten Wirtschaftskrieg auch der klimapolitische Staatsinterventionismus als Realität in China und als sozialökologisches Transformationsprojekt im Westen unter die Räder einer marktgetriebenen Entwicklung geraten kann, ist die Zukunft der Menschheit immer mehr von diesem Konflikt und seiner Entschärfung abhängig.

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin |
 Tel.: 030 20654857 | Fax: 030 3199668 | Facebook: Abrüsten Jetzt | Twitter:
 @abruesten_jetzt | E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt |
 Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

UNTERSTÜTZUNG:

Die Initiative ist auf ihre Unterstützung angewiesen. Jede kleine und große Spende hilft, die Initiative erfolgreich zu gestalten. Bitte spenden Sie an: **Spendenkonto:** Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. | IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 | BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Abrüsten jetzt

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Lucas Wirl
V.i.S.d.P.: Reiner Braun
Layout: www.Ronald-Schrodt.de